

## Wohnen

Wohnen ist ein Grundrecht. Wohnraum muss für alle bezahlbar sein und darf nicht zum privaten Spekulationsobjekt werden. Insbesondere leerstehender Wohnraum muss im Sinne der Gemeinschaft zwischengenutzt werden. Anbieter, welche preisgünstiges, nachhaltiges und gemeinschaftliches Wohnen anbieten, müssen durch den Staat gefördert werden. Wenn ein Teil des Alltags von privaten in gemeinschaftlich genutzte Räume verlagert wird, werden Ressourcen gebündelt, Fläche eingespart und mehr miteinander anstatt nebeneinander gewohnt. Eine Durchmischung von Menschen mit unterschiedlichem Alter, Einkommen und sozialem Status muss gefördert werden. Gleichzeitig muss die Zersiedelung bekämpft werden.

Die Jungen Grünen fordern:

- Dass leerstehende Gebäude im Sinne der Gemeinschaft zwischengenutzt werden.
- Die Förderung preisgünstigen Wohnraumes durch den Staat und die Unterstützung von Wohnbaugenossenschaften.
- Verdichtetes Bauen und die Förderung nachhaltiger Quartiere.
- Die Förderung einer sozialen Durchmischung.
- Die Verhinderung von Isolierung oder Ausgrenzung einzelner gesellschaftlichen/sozialen Schichten oder Gruppen.
- Dass ab einem bestimmten Investitionsvolumen ein signifikanter Anteil der Wohnungen des Immobilienbewirtschafters per Kostenmiete vermietet werden muss. Widerrechtlich überhöhte Mieten müssen rückwirkend über einige Jahre zurückerstattet werden.
- Keine Erhöhung des Referenzzinssatzes bei der Miete.
- Dass Bund, Kantone und Gemeinden ihr Land nicht mehr verkaufen dürfen, sondern im Baurecht abgeben müssen, wobei die Vergabe des Baurechts nach nachhaltigen und sozialen Kriterien stattfinden muss.
- Die längerfristige Demokratisierung des Schweizer Bodens als Gemeingut (Allmende).